WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden Ausgabe November/Dez. 2018

Mühlenkreiskliniken: Taktischer Rückzug reicht nicht

Krankenhaus statt Fabrik!

Der Vorstand der Mühlenkreiskliniken (MKK) gab sich in der letzten Zeit große Mühe, jeglichen Pflegenotstand in den Kliniken von sich zu weisen. Nachdem er mit seinem Organisationskonzept im Sommer eine grandiose Bruchlandung hingelegt hatte, galt es nun, ein rosiges Bild der Zustände zu verbreiten.

Das Ende ortsnaher Versorgung

Das Konzept sah eine Zentralisierung medizinischer Abteilungen vor. Die drohende Verschlechterung der medizinischen Versorgung in weiten Teilen des Kreises Minden-Lübbecke stieß auf viel Protest. Die dann unzumutbar langen Wege für die Angehörigen der Patienten wurden kritisiert. Vor dem Hintergrund eines sehr schlechten Öffentlichen Personennahverkehrs in unserer Region wäre ein Besuch für Angehörige ohne eigenen PKW kaum möglich und für Geringverdiener zudem auch noch unerschwinglich. Ein unhaltbarer Zustand gerade auch in der Altersmedizin (Geriatrie) und der Geburtshilfe.

Einen Pflegenotstand abzustreiten fällt leicht, da es keine Vorgaben mehr gibt, wie viele Pflegekräfte wie viele Patienten versorgen sollen. Diese Verordnung wurde schon vor vielen Jahren abgeschafft.

Fallpauschalen

Die Kliniken werden mit dem System der Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups DRGs) finanziert. Mit ihm werden nur ärztliche Leistungen abgerechnet; der Aufwand für die Pflege ist darin nicht extra enthalten. Bezahlt wird nur der tatsächlich behandelte Fall und dafür gibt es auch nur einen Durchschnittspreis.

Eigenes Foto

Vieles nicht bezahlt

Das Vorhalten von Operationssälen, Kreißsälen, der Notfallaufnahme – das alles wird nicht durch die DRGs finanziert. Dazu kommen noch die Aus- und Umbauten, für die universitäre Arztausbildung. Und nicht zu vergessen: die Schulden des Neubaus müssen immer noch zurückgezahlt werden und die Banken verlangen ihre Zinsen. So müssen die Beschäftigten jährlich etwa 16 Millionen Euro zusätzlich erwirtschaften.

Ausgepresst

Und das sind die Mittel: Nichtärztliches Personal so wenig wie möglich einstellen und so viele Patienten wie möglich in maximal kurzer Zeit versorgen. Und die Patienten möglichst teuer abrechnen, indem nicht das medizinisch Notwendige, sondern das betriebswirtschaftlich Lohnendste mit ihnen gemacht wird.

Ältere Beschäftigte des Klinikums können sich noch an Zeiten erinnern, als auf den Stationen mehr Personal vorhanden war, das weniger Patienten zu versorgen hatte Auch damals herrschten keinesfalls rosige Arbeitsverhältnisse. Aber heute hat die Schlagzahl enorm zugenommen; weniger Pflegepersonal versorgt mehr Patienten mit immer kürzeren Liegezeiten. Dieser Arbeitsdruck herrscht auch in den anderen Bereichen: In der Küche, im Hol-und Bringedienst, in der Reinigung. Und es wird weiter versucht, noch mehr aus den Beschäftigten herauszuholen und den Druck zu steigern.

Fortsetzung auf Seite 2

Foto: Demonstration für Entlastung in der Pflege am 20. Juni in Düsseldorf (Foto: Peter Köster) Aus UZ vom 16.11.18

„Mehr von uns ist gut für uns Alle“ - unter diesem Motto fanden in einigen Kliniken längere Streiks für eine bessere Personalausstattung statt.

Erste Erfolge errungen

In Essen und Düsseldorf wurde 12 Wochen lang gestreikt.

Inzwischen wird die Liste der Kliniken, in denen Teilerfolge erreicht werden konnten, immer länger: Essen, Düsseldorf, Homburg, Augsburg. Inzwischen reicht eine ernsthafte Streikbereitschaft, um Klinikleitungen zum Einlenken zu bewegen.
Auch für die nichtpflegerischen Bereiche wurden Verbesserungen erreicht.

Diese Vereinbarungen machen Mut. Auch wenn sie das Problem nicht grundsätzlich und noch nicht bundesweit lösen. Sie zeigen, was Druck in und außerhalb der Betriebe bewirken kann. Weitere Auseinandersetzungen sind notwendig, um die Situation in Krankenhäusern und in der Altenpflege zu verbessern.

Fortsetzung von Seite 1

Kein Pflegenotstand?

Der Pflegenotstand herrscht bundesweit. Mit der Einführung der Fallpauschalen ab 1995/1996 wurden Krankenhäuser zu Fabriken, zur Quelle von Profit gemacht und viele von Konzernen übernommen.

Aber ob privates oder kommunales Krankenhaus - sie sollen sich am wirtschaftlichen Erfolg orientieren anstatt am medizinischen Bedarf der zu versorgenden Region und der Patienten. Der politisch gewollte Kostendruck soll dafür sorgen.

Mit dem Umbauplan der MKK sollten die jetzt bereits auf Kosten von Beschäftigten und Patienten erwirtschafteten Überschüsse erhöht werden. Der Kostendruck, der auf den Kliniken lastet, wird vom Management der MKK und den politisch verantwortlichen Kreispolitikern nur vollstreckt und in keiner Weise mehr problematisiert.

Neuauflage zu erwarten

Es ist zu erwarten, dass dieses Konzept in

veränderter Form wieder auf den Tisch kommt. Die Neuauflage wird sicherlich mit „verbesserter Kommunikation“ verbunden werden und nicht wieder in der plumpen überfallartigen Weise stattfinden. Die Stellungnahme der heimischen CDU zeigte bei aller Kritik viel Verständnis für die „Wirtschaftlichkeit“. Andere Stellungnahmen wie die von SPD und Piraten wiesen zwar zentrale Punkte des Konzepts zurück, sparten aber jegliche Kritik an dem politisch gewollten Kosten- und Wettbewerbsdruck durch die Fallpauschalen aus.

Spielraum vorhanden

Die schwarzen Zahlen der MKK zeigen, dass Geld für mehr Personal vorhanden ist! Wir sagen: Wir alle können Patienten werden. Daher müssen wir zusammen mit den Beschäftigten Druck machen, damit die Pläne der MKK-Leitung auch nicht scheibchenweise umgesetzt werden und damit mehr Personal eingestellt wird.

Andere Finanzierung!

Die Krankenhausfinanzierung muss bundesweit auf eine andere Grundlage gestellt werden. Das bundesweite Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ ist eine Gelegenheit, sich auch hier in unserer Region dafür einzusetzen.

www. krankenhaus-statt-fabrik

★

DKP Minden: Gesundheit darf keine Ware sein!

- Die medizinische Versorgung muss ortsnah erfolgen. Sie darf nicht weiter verschlechtert werden, sondern muss gerade in den unterversorgten ländlichen Gebieten. ausgebaut werden.
- Die Krankenhäuser müssen aus dem Würgegriff des Wettbewerbs befreit werden. Die Versorgung muss an dem medizinischen Bedarf der Bevölkerung in der Region ausgerichtet werden und nicht an wirtschaftlichen Interessen. Prävention und Gesundheitsförderung müssen einen höheren Stellenwert erhalten.
- Dazu bedarf es einer anderen Finanzierung. Die Fallpauschalen müssen durch eine bedarfsdeckende Finanzierung ersetzt werden.
- In den Krankenhäusern müssen verbindliche Personalquoten durchgesetzt werden. Für eine gute Patientenversorgung und gute Arbeitsbedingungen.

★

50.000 im Hambacher Wald

Foto: Hubert Perschke / r-mediabase.eü Aus UZ vom 28.9.18

50.000 demonstrierten gegen die Abholzung des Hambacher Waldes. Die Herausforderungen durch die Klimakatastrophe sind nicht mehr zu leugnen. Es bleibt nur noch wenig Zeit, um radikal gegenzusteuern. Der schnelle Ausstieg aus der Verfeuerung der Braunkohle ist unaufschiebbar. Die Profitinteressen des Energieriesen RWE stehen dem entgegen und die NRW-Landesregierung ist ihm hörig. Doch der massenhafte Protest erreichte einen vorläufigen Rodungsstopp des Hambacher Waldes. Ein Sieg des Umweltschutzes gegen Profitinteressen. ★

250.000 bei #unteilbar

Foto: Gabriele Senft, aus UZ vom 19.10.18

Mehr als 250.000 Menschen nahmen am 13. Oktober an der Demonstration „#Unteilbar - Solidarität statt Ausgrenzung - für eine offene und freie Gesellschaft“ in Berlin teil. Sie gingen für Humanismus und Solidarität und gegen Rassismus, Menschenverachtung und rechte Hetze auf die Straße.

Unsere demokratischen und sozialen Rechte können nur gemeinsam gesichert und durchgesetzt werden. Jede Spaltung, jeder Rassismus nützt der Gegenseite. ★

Einfluss statt Hoffnung!

Das Fehlen insbesondere kleiner bezahlbarer Wohnungen in Minden ist schon seit längerem ein großes Problem für Senioren, Alleinerziehende, Alleinlebende, Geringverdiener, Studenten und Menschen, die von Hartz IV leben müssen. Immer mehr Wohnungen fallen zudem aus der Sozialbindung heraus. Auf der anderen Seite tummeln sich auch in Minden kleine, große und ganz große Miethaie.

Mit dem „Handlungskonzept Wohnen“ betreibt die Stadt nun den städtischen Zwischenerwerb. Das heißt, sie kauft Grundstücke auf.

Das hat die Stadt auch mit den Grundstücken am Rampenloch vor. Und was macht sie dann damit? Sie veräußert sie weiter. Dabei hofft sie, einen Käufer zu finden, der verspricht, die städtischen Wünsche nach bezahlbaren Wohnungen zu berücksichtigen. Hoffnung ersetzt den wirklichen Einfluss. Mehr Einfluss wäre möglich, wenn die Grundstücke nur verpachtet statt verkauft werden.

Ein wirksamer Einfluss auf die Wohnungssituation und vor allem auf die Miethöhe könnte nur mit einer städtischen Wohnungsgesellschaft ausgeübt werden, mit Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mieter.

Die einst stadteigene Wohnhaus wurde mit Zustimmung von SPD, GRÜNE, MI, CDU und FDP verkauft. Es wird Zeit für eine Rekommunalisierung im Wohnungsbereich, für die Neugründung einer städtischen Wohnungsgesellschaft.

Beispiel Stadtwerke

Rekommunalisierung ist möglich. Das zeigt das Beispiel der Energie- und Wasserversorgung. 2001wurden die Stadtwerke an das EMR verkauft und landeten schließlich beim Energieriesen EON. Inzwischen hat die Stadt wieder ihre Mindener Stadtwerke. Mit ihnen soll unter anderem die örtliche Energiewende unterstützt werden.

Foto: ehemalige Bordellstraße Rampenloch (eig. Foto)

Auch in Minden droht die Mietenspirale empfindlich aufzudrehen. Die nächste spürbare Runde wurde bereits für den nächsten Mietspiegel angekündigt. Beim aktuellen Mietspiegel wurde „nur“ ein allgemeiner Inflationsaufschlag eingerechnet. Beim nächsten soll wieder eine wirkliche Erhebung stattfinden. Dann werden die gestiegenen Neuvermietungen der letzten vier Jahre zur allgemeinen Richtschnur.

Die Mietpreisspirale kann durch eine städtische Wohnungsgesellschaft, die auf das Niedrighalten der Mieten verpflichtet ist, wirksam gebremst werden.

Eine dauerhafte Lösung setzt allerdings eine grundlegende Bodenreform voraus. Nur wenn Grund und Boden in gesellschaftlichem Besitz sind und mit ihm kein privater Gewinn mehr gemacht werden kann, können Mietpreise dauerhaft niedrig bleiben. Jegliche Bodenspekulation ist dann endlich ausgeschlossen. ★

Miethai Vonovia

Die Wohnungen der ehemaligen GAGFAH gehören inzwischen zum Wohnungskonzern Vonovia. In ihm haben große Investmentfonds das Sagen. Davon profitieren Großaktionäre. Sie konnten eine saftige Dividendenerhöhung einstreichen.

1,7 Milliarden Euro kassierte der Konzern 2017 von seinen Mietern. In seinem Besitz sind 347.000 Wohnungen in Deutschland.

Preistreibende Modernisierungen und zugleich die Vernachlässigung der anderen Wohnungen sind das Rezept.

Immobilienkonzerne wie Vonovia gehören enteignet und unter demokratische Kontrolle gestellt. Wohnen ist ein Grundrecht. ★

Offener Ganztag: Flickschusterei

Die Stadt möchte die Qualität des sogenannten Offenen Ganztags an den Grundschulen verbessern. Längst ist klar geworden, dass die Ganztagsbetreuung mehr sein muss als Aufbewahrung von Kindern. Es gab drei Modellversuche an Mindener Schulen, um zu erproben, wie sich der Unterricht und der Ganztag besser miteinander verbinden lassen.

Lobenswertes

Eine Konsequenz daraus ist, dass der städtische Anteil an der Finanzierung angehoben werden soll. Schulen in ärmeren Wohngebieten sollen stärker gefördert werden. Das sind lobenswerte Bemühungen der Stadt.

Kritisches

Die vom Land NRW bereit gestellten Zuschüsse für den Ganztag langen vorne und hinten nicht. Kommunen und Eltern sollen zuschießen. So soll denn die Verbesserung in Minden auch durch höhere Elternbeiträge finanziert werden, wenn auch sozial gestaffelt. Familien, die von Sozialleistungen leben müssen, sind von Zahlungen freigestellt. Doch das Einkommen vieler Familien liegt kaum darüber. Sie werden folglich erheblich belastet. Daher lehnen wir die Erhöhung der Elternbeiträge ab.

Bei den geplanten Verbesserungen ist keine Rede davon, die personelle Ausstattung zu verändern. Bislang wird der Offene Ganztag mit Teilzeitkräften und Minijobs betrieben. Für sie soll weiterhin nicht der Tarifvertag für den Sozial- und Erziehungsdienst (TVSuE) gelten, wie es z.B. in Herford der Fall ist.

Der Ganztagsbetrieb muss ein Teil des Bildungssystems sein, vollständig vom Land finanziert werden und kostenfrei sein. Dazu gehört sein Betrieb mit qualifiziertem pädagogischem Personal.

Die Bildungsausgaben in unserem Land sind verglichen mit anderen Ländern deutlich niedriger. Kommunen und Eltern sollen als Lückenfüller dienen.
Daher erleben wir bei allen guten Bemühungen unterm Strich Flickschusterei.

★

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

**Die UZ online:
www.unsere-zeit.de**

Kriegsmanöver gegen Russland

Am NATO-Manöver „Trident Juncture 2018“ nahmen auch 400 Soldaten der Mindener Pioniere teil. Das Großaufgebot mit 50.000 Militärs und rund 10.000 Landfahrzeugen, darunter die Amphibien und Brückenlegepanzer aus Minden, war die zweitgrößte Kriegsübung seit 1900. Die Bundeswehr stellte ungefähr ein Viertel der beteiligten Militärs. Getestet wurde die NATO-„Speerspitze“, eine besonders schnell einsetzbare Eingreiftruppe. Sie ist auf Operationen gegen Russland ausgerichtet.

Foto: Schon vor einigen Jahren wurde die Panzer-Verladerampe am Mindener Bahnhof für die schnellstmögliche Verlegung ausgebaut (eigenes Foto)

Das Manöver war der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Manövern, die gegen Russland gerichtet waren und bisweilen nah an den Grenzen Russlands stattfanden.

Wer älter ist, erinnert sich: Eine Gefahr aus dem Osten wurde uns seit Jahrzehnten erzählt. Sie war seit Jahrzehnten das Alibi für die Hochrüstung. Heute ist es nicht anders.

Russland Rüstungsausgaben sind nur ein Bruchteil der Ausgaben der NATO-Staaten. Verglichen mit der Sowjetunion hat Russland heute nur noch etwa die Hälfte seines Territoriums und seiner Wirtschaftskraft.

Es ist nicht Russland, das mit seinem Militär an die Grenzen der NATO herangerückt ist. Es ist die NATO, die mit der Stationierung von Raketen, Landstreitkräften und Befehlszentralen. an die Grenzen Russlands herangerückt ist. Wer Frieden will, muss diesen gefährlichen Aufmarsch beenden.

★

Allesfresser Rüstung

Der deutsche Militärhaushalt soll bis 2023 um etwa die Hälfte auf 60 Milliarden Euro steigen.

Ein Papier zum „Fähigkeitsprofil“ der Bundeswehr sieht das vor. Kostspielige Rüstungsvorhaben sind in diesem noch insgesamt unter Verschluss gehaltenen Papier vorgesehen. Dazu gehören neue Panzer, Kampfjets, Kriegsschiffe und Maßnahmen zur Kriegsführung im Weltraum. Eine entsprechende neue Truppe wurde bereits eingerichtet.

Für das Jahr 2019 wurde der Kriegsetat bereits von 38,5 auf 43,2 Milliarden Euro erhöht. Das sind fast 5 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr.

Aber für den sozialen Wohnungsbau sind nur Brosamen übrig. Bildung, Gesundheit, Renten, Nahverkehr und der ökologische Umbau stehen zurück. Brennende soziale und ökologische Aufgaben werden von der Hochrüstung aufgefressen.
Es ist Zeit zur Umkehr, bevor es zu spät ist: Abrüsten statt Aufrüsten.

★

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

www.abruesten.jetzt

Atomwaffen verbieten!

Millionen Menschen sind in den 1980er Jahren gegen die Stationierung atomarer Mittelstrecken-Raketen in Europa auf die Straße gegangen. Ihr Protest hatte mit zum INF-Vertrag beigetragen.

Er ist bislang das einzige Abkommen, das zu realer Atom-Abrüstung geführt hat; insgesamt 2692 Mittel- und Kurzstreckenraketen wurden verschrottet. Dieser über dreißigjährige Atom-Frieden ist nun in Gefahr. Mitte Oktober kündigte US-Präsident Donald Trump den Rückzug der USA aus dem Vertrag an.

Ein ungehemmtes atomares Wettrüsten droht. Es kann verhindert werden:

Am 7. Juli 2017 haben 122 UNO-Mitgliedsstaaten einen Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen beschlossen. Das Abkommen verbietet neben der Herstellung, dem Besitz und dem Einsatz auch die Drohung mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen in anderen Staaten. Die Bundesregierung hat, ebenso wie alle Atommächte und die anderen NATO-Staaten, die Atomwaffenverbots-Verhandlungen bisher boykottiert.

Deutschland muss dem UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag beitreten!

★

DKP **Minden**

dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
G. von der Ahe, Brahmsweg 11, 32427 Minden